

vorwärtsHESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

JULI 2019

ENTSCHEIDUNGEN



Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landes- und Fraktions-
vorsitzender

Das (politische) Leben hat immer wieder Überraschungen und Wendungen zu bieten. Als ich in der letzten Ausgabe des vorwärtsHESSEN an dieser Stelle mein Ausscheiden aus der Politik bekanntgegeben habe, konnte ich noch nicht ahnen, dass sich mein politisches Leben und Wirken bis dahin noch einmal stärker in die Bundeshauptstadt verlagern wird. Nach dem Rücktritt von Andrea Nahles als Parteivorsitzende hat der SPD-Parteivorstand Malu Dreyer, Manuela Schwesig und mich als kommissarische Vorsitzende nominiert. Mich erfüllt diese Aufgabe und das damit in mich gesetzte Vertrauen mit großem Stolz, aber auch mit großem Respekt. Es ist mir eine Ehre, vorübergehend an der Spitze der ältesten demokratischen Partei Deutschlands zu stehen. Mehr als 23.000 Ideen und Vorschläge für die notwendige Neuwahl der Parteiführung sind von den Genossinnen und Genossen eingegangen. In den kommenden drei Monaten können die über 400.000 Mitglieder darüber diskutieren und später entscheiden, wen sie geeignet finden, die SPD zu führen. Von Anfang September bis Mitte Oktober werden sich die Teams, Kandidatinnen und Kandidaten in Regional-Konferenzen deutschlandweit vorstellen.

In Hessen sind wir mit der Parteireform auf einem guten Weg. In seiner jüngsten Sitzung hat der Landesparteierrat über die Ergebnisse der Partei- und Strukturkommission beraten und die Vorschläge bei einer Enthaltung angenommen. Dabei steht unter anderem die Schaffung eines einheitlichen Tarifvertrages für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirke und des Landesverbands und eine stärkere Fokussierung auf die Bildungsarbeit. Eines ist jedoch klar: Auch nach der Reform bleibt die Kernstruktur in der Fläche mit den SPD-Unterbezirken erhalten.

Eine Entscheidung, die Bürgerinnen und Bürger in Hessen jüngst getroffen haben, macht mich jedoch besonders stolz. Am 16.06. haben die Wählerinnen und Wähler in Wiesbaden Gert-Uwe Mende in der Stichwahl mit 62 Prozent in das Amt des Oberbürgermeisters gewählt. Gert-Uwe Mende wird ein kluger, zuverlässiger und den Menschen zugewandter Oberbürgermeister sein, der Wiesbaden viele neue Impulse geben wird. Die Stadt Wiesbaden gewinnt mit Gert-Uwe Mende ein hervorragendes Stadtoberhaupt, die SPD-Landtagsfraktion verliert dagegen einen wertvollen politischen Kopf.

Th. Schäfer-Gümbel

WIR WÜNSCHEN
ALLEN SCHÖNE
UND
ERHOLSAME
SOMMERFERIEN!

21. SEPTEMBER

10 UHR,

ORTSVEREINS-
UND FRAKTIONS-
VORSITZENDEN-
KONFERENZ,

GIESSEN-

ALLENDORF,
MEHRZWECK-
HALLE

2. NOVEMBER

10 UHR,

ORDENTLICHER
LANDESPARTEI-
TAG MIT
VORSTANDS-
WAHLEN

IN BAUNATAL

DANKE AN MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

MITARBEITERINNEN- UND MITARBEITERKONVENT IN STADTALLENDORF

Gelassenheit und der Fokus auf inhaltliche Debatten bringen uns im Moment am meisten“, erklärte der Landesvorsitzende und kommissarische Bundesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel beim 11. Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterkonvent der hessischen SPD am 6. Juni in Stadtallendorf. Der Vormittag wurde vor allem zum Austausch über die aktuelle Lage der hessischen und der Bundes-SPD genutzt aber auch ein eigenes Anliegen war Schäfer-Gümbel wichtig. „Ich möchte den heutigen Tag nutzen, um „Danke“ zu sagen. Danke an euch alle, meine Kolleginnen und Kollegen, die mich in den vergangenen Jahren begleitet, unterstützt und sicherlich auch das ein oder andere Mal kritisch reflektiert haben. Das war wichtig und richtig so“, wandte er sich an alle Anwesenden. Für ihn war es sein letzter Mitarbeiterinnen- und Mitarbei-

terkonvent. Ein für ihn immer wichtiges Format, das nicht nur zur Fort- und Weiterbildung, sondern auch zum internen Austausch gedacht ist. „Ich weiß wie viel Arbeit in den kommenden Monaten auf euch alle zukommt“, sagte er. „Deshalb ist es wichtig, dass wir da gemeinsam rangehen und im Austausch bleiben.“ Auch wenn dieser Tag kein Tag des Abschieds war, dankte Generalsekretärin Nancy Faeser dem scheidenden Landesvorsitzenden für seine weitsichtige und wichtige Arbeit in den vergangenen Jahren. „Jetzt aber, wünsche ich dir erst einmal viel Kraft für die unerwartete Aufgabe als kommissarischer Parteivorsitzender“, schloss sie. Thorsten Schäfer-Gümbel wird sich am Landesparteitag im November nicht erneut als Landesvorsitzender zur Wahl stellen. Für die Aufgabe wurde Nancy Faeser vom Landesvorstand nominiert. ■



Thorsten Schäfer-Gümbel tritt am 2. November nicht erneut als Landesvorsitzender der SPD Hessen an.

LANDESVORSTAND NOMINIERT NANCY FAESER

In seiner Sitzung am 5. Mai hat der Landesvorstand Nancy Faeser einstimmig bei Enthaltung von ihr selbst für das Amt der Landesvorsitzenden nominiert. Nancy Faeser kennt die Partei durch ihr Amt als Generalsekretärin, und die Partei kennt sie. Sie verfügt über lange politische Erfahrung auf kommunaler Ebene und auf Landesebene. „Ich bin sicher, dass Nancy die inhaltlichen und personellen Weichen richtig stellt, damit unser Landesverband mit einem starken Team motiviert seine Arbeit in Zukunft fortsetzen kann“, erklärte dazu Thorsten Schäfer-Gümbel. Faeser formulierte bereits ihre Ziele: die Partei nach den enttäuschenden Wahlergebnissen neu formieren und thematisch die Alltagsthemen, die bei vielen die Alltagsorgen in den Mittelpunkt rücken, ernst zu nehmen. Dabei geht es ihr um bezahlbare Wohnungen, Bildungsgerechtigkeit, eine sozialökologische Mobilitätswende erweitert um Fragen des handlungsfähigen Staates in Stadt und Land, eine sozialökologische Klima- und Umweltpolitik. ■

GEMEINSAM FÜR EINE OFFENE UND GERECHTE GESELLSCHAFT

DREI FRAGEN AN NANCY FAESER

vorwärts Hessen:

Was bedeutet die Entscheidung, als Landesvorsitzende zu kandidieren, für dich?

Nancy Faeser:

Viel. Das ist eine große Aufgabe, die da auf mich wartet, aber das wäre sie für jede und jeden, der auf Thorsten Schäfer-Gümbel nachfolgt. Aber mir ist die Entscheidung auch nicht leichtgefallen, weil ich Familie und Beruf vereinbaren möchte. Ich habe einen kleinen Sohn, der nicht unter meiner politischen Arbeit leiden soll. Deswegen bin ich meinem Mann Eyke besonders dankbar, dass er mich in meinem Entschluss zu kandidieren bestärkt hat. Er hat gesagt, dass ich das schaffe und dass meine Familie hinter mir steht. Das war für mich der entscheidende Satz.

Nancy Faeser ist seit 2014 Generalsekretärin der hessischen SPD. Am 2. November kandidiert sie nun als Landesvorsitzende.

vorwärts Hessen:

Welche Ziele hast du?

Nancy Faeser:

Es gilt, die Partei nach dem enttäuschenden Wahlergebnis vom 28. Oktober neu zu motivieren und die Strukturen unserer Partei zu reformieren. Und es gilt, die inhaltlichen Positionen, die wir erarbeitet haben, weiterzuentwickeln, damit noch deutlicher wird, dass wir – die SPD in Hessen – Politik für die vielen machen, nicht für einzelne Interessengruppen. Mir sind dabei vor allem drei Themen besonders wichtig, mit denen ich die hessische SPD breiter aufstellen möchte. Das ist einmal der Klima- und Umweltschutz, den wir auch in Hessen voranbringen müssen, die Aufwertung sozialer Berufe und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Landesbediensteten.

vorwärts Hessen:

Was für eine Art Vorsitzende möchtest du sein?

Nancy Faeser:

Ich möchte den inneren Zusammenhalt, den Thorsten in den vergangenen Jahren aufgebaut hat, sichern und weiter stärken. Alleine kann ich das nicht. Deshalb möchte ich die Partei gemeinsam mit einem starken Team im Landesvorstand führen. Unsere Kernkompetenz ist es, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu organisieren. Meine Kandidatur für den Parteivorsitz soll deshalb auch ein Signal an alle Menschen in Hessen sein: Es gibt eine lebensnahe Alternative zur derzeitigen Politik im Land. Ich möchte eine Vorsitzende sein, die zeigt, dass wir nur gemeinsam eine offene und gerechte Gesellschaft schaffen und die drängenden Zukunftsaufgaben bewältigen könnten. ■



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

ES WARTET VIEL ARBEIT AUF DIE PARTEI

LANDESPARTEIRAT STIMMT VORSCHLÄGEN DER PARTEI- UND STRUKTURKOMMISSION ZU

Am 1. Juni tagte der Landespartei-rat in Bad Hersfeld, um über die Ergebnisse der Partei- und Strukturkommission zu beraten. Nach einer regen Diskussion stimmten die rund 80 anwesenden Mitglieder des Landespartei-rats bei einer Enthaltung und keiner Gegenstimme den Vorschlägen der Kommission zu. Dabei betonten der Landesvorsitzende, Thorsten Schäfer-Gümbel, der Bezirksvor-

sitzende Hessen-Süd, Gernot Grumbach sowie der Bezirksvorsitzende Hessen-Nord, Timon Gremmels, dass es sich bei dem Ergebnis um eine Kompromisslösung handle. Die wichtigsten Änderungen betreffen die Schaffung eines einheitlichen Tarifvertrags für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hessen, die stärkere Fokussierung der Bildungsarbeit sowie Personalentwicklung der hessischen SPD, eine

stärkere Weisungsbefugnis des Generalsekretärs bzw. der Generalsekretärin sowie eine Prüfung der Umorganisation der Mitgliederverwaltung. Alle betonten dabei, dass die Kernstruktur in der Fläche, die Unterbezirke, erhalten bleiben sollen. Aus den Empfehlungen der Kommission ergeben sich nun konkrete Arbeitsaufträge, die in den nächsten Wochen und Monaten erarbeitet werden. ■

„WIR BLEIBEN MIT BEIDEN FÜSSEN AUF DEM BODEN“ **MENDE WIRD WIESBADENS OBERBÜRGERMEISTER**

Klarer Sieg“, „SPD-Kandidat setzt sich deutlich durch“ und „Gert-Uwe Mende gewinnt“ titeln hessische Tageszeitungen in und um Wiesbaden. Am 21. Juni wurde das Wahlergebnis der Oberbürgermeisterwahl festgestellt: 62 % derer, die zur Stichwahl am 16. Juni gegangen sind, haben Gert-Uwe Mende zu ihrem neuen Oberbürgermeister gewählt. Ein eindeutiges Ergebnis, das nicht nur Mende, sondern der gesamten SPD lang ersehnten Rückenwind gibt. Ein Ergebnis zum Abheben? Nein. „Das ist ein wunderbares Wahlergebnis. Ich freue mich riesig, aber wir bleiben mit beiden Füßen auf dem Boden“, sagt der Sozialdemokrat noch am selben Abend. Die Stimmung ist auf dem Höhepunkt, die Sozialdemokraten tanzen, feiern und lachen die ganze Nacht. Aber Mende weiß, die Arbeit beginnt erst. „Ich freue mich über dieses eindeutige Ergebnis und bedanke mich ganz herzlich bei den Wählerinnen und Wählern, dass sie mir ihr Vertrauen geschenkt haben“, sagt Mende in die Kamera. „Ich weiß, es ist ein Vertrauensvorschuss. Diesen Vertrauensvorschuss möchte ich in den kommenden sechs Jahren als Oberbürgermeister einlösen.“

Gert-Uwe Mende und CDU-Kandidat Seidensticker waren nach dem ersten Wahldurchgang am 26. Mai mit insgesamt sieben Bewerbern auf den Rathausstuhl übrig geblieben. Wochenlang war Men-

de, der zuvor der Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion war, unterwegs gewesen. Rund 370 Termine, 19 Podiumsdiskussionen, 24 Infostände und neun Verteilaktionen veranstaltete und besuchte Mende. 4.300 Frühstückstüten wurden gepackt und 1.500 Rosen verteilt. Und auf Facebook, Instagram und Twitter hat sich der Sozialdemokrat mindestens ebenso engagiert. Die Mühe blieb nicht unbezahlt. Aber all die Arbeit und das Engagement seinerseits und seiner Unterstützerinnen und Unterstützer sind es nicht, die das Besondere des Wahlkampfes ausgemacht haben. Egal, wo und wann man Mende getroffen hat, man kam nicht umhin, sich von seiner positiven Art und

seiner Offenheit gegenüber allem und jedem anstecken zu lassen. Das war es, was die Wählerinnen und Wähler, aber auch die Unterstützerinnen und Unterstützer sowie der ein oder andere Gegenkandidat



Bereits am 2. Juli fand die Amtseinführung von Gert-Uwe Mende als neuer Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden statt.

gespürt haben. „Jetzt ist Schluss mit Wahlkampf, jetzt geht es an die Arbeit“, erklärt Gert-Uwe Mende noch am Wahlabend. „Und jetzt geht es darum, möglichst viel für diese Stadt zu erreichen.“ ■

MIT BROTBIX UND CO. EINEN GUTEN SCHULSTART WÜNSCHEN **SCHUL- UND KITASTARTAKTION IM AUGUST**

Traditionell begrüßt die hessische SPD nach den Sommerferien die Kita-Kinder, die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern. Dabei dürfen natürlich kleine Geschenke wie Brotdo-

sen, Malkreide, Reflektoren, Badeenten und Co. nicht fehlen. An diesen Aktionen haben sich in den letzten Jahren regelmäßig mehr als 100 Ortsvereine in ganz Hessen beteiligt, um für unsere Idee von

einem modernen und gerechten Bildungssystem zu werben. Denn: Für uns ist Bildung eines der zentralen Themen in der politischen Auseinandersetzung mit der aktuellen Landesregierung. Die Kita- und Schulstart-Aktion bietet uns deshalb die perfekte Gelegenheit, die Bildungspolitik in Hessen auf der lokalen Ebene in den Mittelpunkt zu rücken. Der Landesverband der hessischen SPD schlägt vor, für die ersten Tage nach dem Ferienende Infostände und Verteilaktionen zum Thema Bildung einzuplanen – zum Beispiel in Fußgängerzonen, vor Kitas und Schulen oder bei Familien- und Sommerfesten. In jedem Fall sollten die Aktionen in der Lokalpresse und den sozialen Medien angekündigt werden. Entsprechende Mustertexte werden rechtzeitig vom SPD-Landesverband versendet. ■



FOTO: SPD-LANDESVERBAND

Fort- und Weiterbildung innerhalb der SPD ist ein wichtiges Thema. In Hessen gibt es das Netzwerk Politische Bildung, das die verschiedenen Bildungsträger umfasst: die Akademie für Kommunalpolitik (AfK), die Toni-Sender-Akademie – Sozialistische Bildungsgemeinschaft Hessen e. V. (TSA), das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und die Hessische Tribüne e. V. des Bezirks Hessen-Nord. Die AfK hat sich auf Kommunalpolitikerinnen und -politiker spezialisiert und bietet Seminare zu beispielsweise Haushaltsrecht und Listenaufstellung an, hat aber auch Kurse zu Rhetorik oder Stressmanagement im Portfolio. Die TSA des Bezirks Hessen-Süd konzentriert sich unter anderem auf die Vermittlung sozialdemokratischer Grundwerte mit Angeboten für Neumitglieder und Einführungen in die Geschichte über die SPD. In Veranstaltungen der FES werden vor allem Zukunftsfragen der Demokratie, der Wirtschaft und des sozialen Zusammenlebens thematisiert. Ähnlich ist das Programm der Hessischen Tribüne des Bezirks Hessen-Nord gegliedert. Alle Angebote gibt es hier: spd-hessen.de/seminare ■

**WIR
GRATULIEREN**

Ralf Möller,
zur Wiederwahl
als Bürgermeister
von Weiterstadt

Manuel Feick,
neuer
Bürgermeister
von Reinheim

Timo Heusner,
neuer
Bürgermeister
von Philippsthal

Patrick Koch,
zur Wiederwahl
als Bürgermeister
von Pfungstadt

Markus Deusing,
zur Wiederwahl
als Bürgermeister
von Mittenaar

Volker Diefenbach,
zur Wiederwahl
als Bürgermeister
von Heidenrod

Gert-Uwe Mende,
neuer
Oberbürgermeister
von Wiesbaden

SOLIDARITÄT IM NETZ

MUT ZUR COUNTERSPEECH FÜR FREIHEIT, GLEICHHEIT UND SOLIDARITÄT

In den vergangenen Jahren haben Hass und Intoleranz im Netz zugenommen. Verbale Angriffe auf Politikerinnen und Politiker steigen immens, Anzeigen wegen Kommentaren im digitalen Raum nehmen zu – von der Dunkelziffer ganz zu schweigen – und der Ton wird rauer. Und auch der Fall Lübcke zeigt, wie schnell aus verbalen Angriffen Bedrohungen für Leib und Leben werden können und dass demokratische Werte geschätzt, geschützt und verteidigt werden müssen. Deswegen reicht es heute nicht mehr, die Idee von Freiheit, Gleichheit und Solidarität am Infostand, bei Stammtischen und in Quartiersgesprächen hochzuhalten – sie muss auch im Netz vertreten werden. Abgeordnete und Seiten



FOTO: WILLY WITTHAUT

Willy Witthaut ist Referent des Landesverbands der SPD. Er gibt Seminare und hält Vorträge rund um sprachliche Auseinandersetzungen.

werden immer wieder Angriffen, Hass und Hetze ausgesetzt, und es erweckt oft den Anschein, als ob man gegen die Masse alleine dastünde. Dem ist aber nicht so. Alle, die so wieso in sozialen Netzwerken unterwegs

sind, können mit wenigen Worten Inhalte richtigstellen, politische Bewertungen kommentieren oder auf Informationen hinweisen. Wichtig ist, dass Genossinnen und Genossen im Netz zusammenhalten und eine positive Kultur der politischen

trauen und nicht tatenlos zuschauen. Deshalb: Habt Mut, auch im Netz „Nein“ zu sagen und Widerworte zu geben, wenn Ressentiments und Falschdarstellungen aufkommen. Wenn wir das beherzigen, haben wir schon viel gewonnen. ■

VONEINANDER LERNEN

BROSCHÜRE ZU DIREKTWAHLEN VON SPD UND SGK

Unter dem Titel „Die SPD rockt den Odenwald“ beschreibt Frank Matiaske seinen Wahlkampf um das Amt des Landrats im Odenwaldkreis, der mehr als erfolgreich verlief. Andere, wie Michael Siebel oder Julia Ostrowicki, berichten von am Ende leider weniger erfolgreichen Wahlkämpfen um Direktmandate. Sie alle haben eines gemeinsam: Sie haben sich bereiterklärt, andere an ihren Erfahrungen teilhaben zu lassen und Texte und Berichte von ihren Kampagnen und Wahlkämpfen anzufertigen. Aus diesen Texten von zwölf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern erstellen der SPD-Landesverband und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Hessen e. V. (SGK) gemeinsam eine neue Bro-

schüre „Direktwahlen“, die das Sortiment „Best Practice“ erweitern soll. Der Gedanke dahinter ist einfach, warum nicht voneinander lernen und erprobte Ideen für andere Kampagnen weiterentwickeln? Die SPD ist immer dann am stärksten, wenn sie zusammenarbeitet, Ideen weiterentwickelt und das Rad nicht jedes Mal neu erfinden muss. „Voneinander lernen“ – gute Instrumente und Ideen in Wahlkämpfen weiterentwickeln und einsetzen, aus negativen Erfahrungen lernen – das ist die Idee von SGK und SPD. Die Broschüre wird voraussichtlich ab Ende September beim SPD-Landesverband und bei der Geschäftsstelle der SGK zu erwerben sein. ■



**Save the date:
Ortsvereins- und Fraktions-
vorsitzendenkonferenz**

Auch in diesem Jahr findet eine Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz statt. Am 21. September werden alle Ortsvereinsvorsitzende und deren Stellvertreter, Fraktionsvorsitzende, Unterbezirkvorsitzende, Stadtverbandsvorsitzende, Ortsbezirkvorsitzende, Bezirks- und Landesvorstandsmitglieder, Arbeitsgemeinschaftsvorsitzende auf Bezirksebene, Landrätinnen und Landräte, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Abgeordnete aus Europa, Bund und Land, Unterbezirksgeschäftsführerinnen und -geschäftsführer nach Gießen-Allendorf in die Mehrzweckhalle eingeladen. Die offizielle Einladung geht allen Beteiligten Ende der Sommerferien zu.

UNBEUGSAME HALTUNG ALLER NOTWENDIG

Die Ermordung von Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke hat auch den Hessischen Landtag tief bewegt. In der Aussprache im Plenarsaal drückte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und innenpolitische Sprecherin, Nancy Faeser, die tiefe Anteilnahme und das Mitgefühl ihrer Fraktion über den Tod von Dr. Lübcke aus. Der ermordete Regierungspräsident habe sein ganzes politisches Leben lang für das friedliche Zusammenleben der Menschen und für den Zusammenhalt der Gesellschaft gestanden, sagte Faeser. „Walter Lübcke hat Menschlichkeit gelebt und die Werte des Grundgesetzes in Wort und Tat verteidigt. Und genau dafür wurde er von rechten Extremisten angegriffen und angefeindet. Der Hass und die Beleidigungen, die Dr. Lübcke entgegenschlugen, waren widerlich und jenseits aller Grenzen des menschlichen Anstands“, so Nancy Faeser. Die Tat zeige, wie schnell Gewalt in Wort und Schrift zu einer realen Gewalt gegen Menschen werde. Die politischen Entscheidungsträger, die Sicherheitsbehörden und die Zivilgesellschaft insgesamt seien aufgerufen, den exzessiv im Internet verbreiteten Hass zu



Nancy Faeser, MdL

bekämpfen und zu ahnden. „Die Ermordung des Regierungspräsidenten stellt eine neue Dimension rechter Gewalt dar, die einer klaren Antwort aller Demokratinnen und Demokraten und eines entschiedenen Vorgehens des Rechtsstaates bedarf. Denn das menschenverachtende Gedankengut der Rechten sickert allmählich in die Mitte der Gesellschaft ein. Der Mord an Dr. Walter Lübcke war nicht der ‚Spuk‘ eines Einzelnen, wie manche jetzt behaupten. Die Tat geschah vor dem Hintergrund, dass die Ablehnung und die Verächtlichmachung unseres demokratischen Rechtsstaates inzwischen auch in Teilen der bürgerlichen Mitte salonfähig erscheinen“, mahnte Faeser. Die SPD er-

warte eine gründliche und transparente Arbeit der Ermittlungsbehörden. Dies erfordere eine besondere Sensibilität. Transparenz sei gerade dieser Tage wichtig, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Sicherheitsbehörden wieder herzustellen. Keine Spur dürfe liegen gelassen werden, kein begründeter Verdacht dürfe verworfen werden – und dabei dürfe es keinen Unterschied machen, ob das Opfer ein hoher deutscher Staatsbeamter oder der türkischstämmige Betreiber eines Internetcafés sei. Schon jetzt aber, so Nancy Faeser, richteten sich eine Reihe von Fragen an die Behörden. So sei zu klären, weshalb nach der Ermordung von Dr. Walter Lübcke nicht von Anfang ein politisches Motiv untersucht worden sei. Hunderte von Hass-E-Mails und Drohungen im Netz hätten hinreichend Anlass gegeben, einen rechtsradikalen Hintergrund der Tat anzunehmen. „Demokratie lebt vom Hinsehen, von der Einmischung, von der unbeugsamen Haltung derer, die sie schätzen, sie schützen und verteidigen. Es gilt die Erkenntnis des irischen Schriftstellers und Philosophen Edmund Burke: ‚Für den Triumph des Bösen reicht es, wenn die Guten nichtstun‘“, sagte Nancy Faeser. ■

ANLIEGEN ERNST NEHMEN

Der schwarz-grüne Gesetzentwurf zur Änderung des Hessischen Behinderten-Gleichstellungsgesetzes bleibe hinter den Erwartungen zurück, lautete die Kritik der sozialpolitischen Sprecherin Lisa Gnadl. „Die Forderungen der Behindertenverbände werden nicht aufgegriffen. Es fehlt eine konsequente Umsetzung der UN-Behindertenkonvention“, sagte Gnadl. Der Gesetzentwurf bleibe halbherzig und unverbindlich. „Unser Änderungsantrag fordert beispielsweise barrierefreie IT-Arbeitsplätze in den öffentlichen Verwaltungen und das Mitführen von Assistenzhunden und Hilfen für Menschen mit mehreren Sinnesbeeinträchtigungen“, erklärte sie. Jeder Mensch mit Behinderung solle außerdem frei wählen können, in welcher Wohnform er leben möchte. „Mit der Einrichtung einer Schlichtungsstelle, der Wahl eines Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung durch den Landtag und einen unabhängigen und weisungsbefugten Landesbeauftragten stärken wir die Rechte und Interessen der Betroffenen“, so Gnadl. ■



Lisa Gnadl, MdL

ENDE DER KREIDEZEIT NOCH WEIT ENTFERNT

Im Rahmen des Programms „Digital Pakt Schule“ werden in den kommenden fünf Jahren 372 Millionen Euro nach Hessen fließen. Die Mittel werden durch den Bund zur Verfügung gestellt. Die Ankündigung der schwarz-grünen Landesregierung, in den kommenden fünf Jahren 60 Millionen Euro an eigenen Landesmitteln beizusteuern, nannte der bildungspolitische Sprecher, Christoph Degen, einen schlechten Witz. Das meiste müssten wieder die Kommunen tragen. Die 60 Millionen dienen lediglich dem Zweck, dass die Landesregierung am Ende überall die Schecks überreichen und sich für das Bundesgeld feiern lassen könne. Andere Bundesländer seien längst weiter und auf die Berliner Mittel besser vorberei-

tet. Dort liefen die Landesprogramme und viele Projekte, die Schulen konkret unterstützten. In Rheinland-Pfalz habe bereits jede Schule einen Koordinator beziehungsweise eine Koordinatorin für digitale Bildung, und das Land habe gerade erst die Mittel für Anwendungsbetreuung durch IT-Spezialisten verdoppelt. „Die Mühlen

in Hessen mahlen langsam: Schon 2016 kündigte Hessens Wirtschaftsminister Al-Wazir an, dass das Land für die Schulausbildung eine Strategie erarbeiten werde. Sowohl auf die Strategie wie auf ein durchdachtes Landesmedienkonzept warten die hessischen Schulen bis heute. Schwarz-Grün kann eins: Hochglanzbroschüren. Was sie nicht kann: Schulen unterstützen. Denn die Konzepte, die als Grundlage der Mittelverteilung dienen, sollen die Schulen liefern – ohne Rahmenkonzept und Plan“, kritisierte Degen. Statt häppchenweise Informationen und weitere Roadshows bräuchten Schulen endlich ein Rahmenkonzept und ausreichende Mittel, die sie in Anwendungsbetreuung, in Ausstattung und mehr Personal stecken könnten. Das Land müsse außerdem massiv und zusätzlich in Fortbildungen investieren und Eigenmittel für Sonderprogramme bereitstellen, um die hessischen Schulen aus der Kreidezeit zu holen. Eine Geldspritze von jährlich 74 Millionen Euro vonseiten des Bundes sei kein Lottogewinn, auf dem man sich ein paar Jahre weiter ausruhen könne. Erst recht nicht, wenn die Landesregierung sie nur unzureichend aufstocke. ■

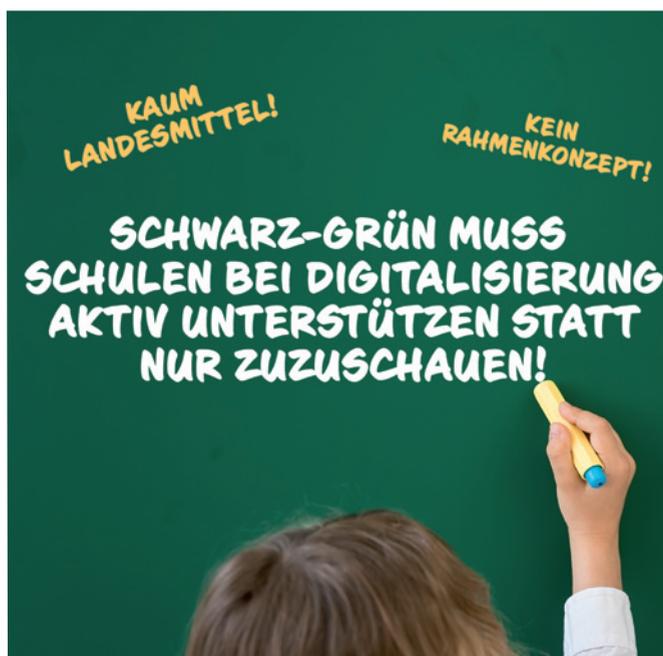


BILD: ENVIATO ELEMENTS, GRAFIK: LEON SCHEIKE



Frank-Tilo Becher, MdB

STÄRKUNG DER AUSBILDUNG

„Lassen Sie uns an Jugendliche, die den Weg der beruflichen Bildung gehen wollen, ein Signal der Stärkung und Unterstützung aussenden“, warb der ausbildungspolitische Sprecher Frank-Tilo Becher dafür, dass Hessen den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung im Bundesrat unterstützt. Kernstück sei eine Mindestausbildungsvergütung, die im Jahr 2020 mit 515 Euro im ersten Lehrjahr einsetze und bis 2023 eine Steigerung bis auf 620 Euro als Einstiegsvergütung erfahre. Davon würden bis zu 120.000 Jugendliche profitieren, die aktuell unter der Vergütung lägen. „Es ist schwer nachvollziehbar, dass die Vergütung in der beruflichen Bildung zum Teil unter dem Schüler-BAföG liegt. Wenn wir unseren dualen Ausbildungsweg wirklich stärken und als gleichberechtigten Ausbildungsweg wertschätzen wollen, ist der Schritt in eine Ausbildungsmindestvergütung überfällig“, stellte Becher fest. Unberührt davon bleiben bestehende Tarifverträge. ■

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

KONKRETE KONZEPTE STATT PR

Mit äußerster Skepsis hat die SPD-Fraktion die Vorstellung des „Großen Frankfurter Bogen“, der die Gebiete im Rhein-Main-Gebiet umfassen soll, die vom Hauptbahnhof Frankfurt aus innerhalb von 30 Minuten mit der Bahn zu erreichen sind, durch Wohnungsbauminister Al-Wazir und seine Prognose, dort eine Kapazität von 200.000 neuer Wohnungen zu sehen, zur Kenntnis genommen. Die wohnungspolitische Sprecherin, Elke Barth, merkte an, dass ein schicker Projektname allein keine einzige bezahlbare Wohnung schaffen werde. Dies sei eine weitere schöne Ankündigung für eine ferne Zukunft und damit das unfreiwillige Eingeständnis, dass die Landesregierung in den zurückliegenden Jahren faktisch nichts für den Bau von bezahlbaren Wohnungen getan habe. „Wie so oft schmückt sich der Minister mit fremden Federn. So versucht er beispielsweise die angebliche Rekordzahl von 25.000 neuen Baugenehmigungen im Jahr 2018 als seinen persönlichen Erfolg zu verkaufen. Aber erstens ist das Land für Baugenehmigungen gar nicht zuständig, das ist die Aufgabe der Kommunen. Zweitens ist eine Genehmigung erst einmal nur ein Stück Papier und noch lange keine Wohnung. Und drittens muss man betrachten, was für Wohnungen da

genehmigt wurden – vor allem private Investorenprojekte, die am Ende vielleicht Wohnraum schaffen, aber eben keinen bezahlbaren Wohnraum für Normalverdiener. Tatsächlich ist – entgegen allen vollmundigen Ankündigungen der Landesregierung – die Zahl der neu geförderten Wohnungen von 2017 auf 2018 um 24 Prozent zurückgegangen. Aber diese unschöne Wahrheit blendet der Minister lieber aus.“ Barth kritisierte, dass die schwarz-grüne Landesregierung nicht nur bei der Förderung von preiswerten Neubauten versage, sondern auch die Bestandsmieter auf einem überhitzten Markt alleine lasse. „Nur ein Mietendeckel kann den Mieterinnen und Mietern eine Atempause verschaffen – aber gegen den Mietendeckel wehrt sich Schwarz-Grün nach Kräften. Stattdessen lässt die Landesregierung zu, dass Bestandsmieten innerhalb von drei



NUR EIN MIETENDECKEL KANN DEN MIETERINNEN UND MIETERN EINE ATEMPAUSE VERSCHAFFEN.

ELKE BARTH

FOTO: MARTINA HAUSL-DAVID

Jahren um 15 Prozent steigen können. Das ist nun alles andere als eine wirksame Maßnahme gegen den Mietenzuwachs in den Ballungsräumen unseres Landes“, so Elke Barth. Die SPD arbeite gerne an der Lösung der Probleme auf dem Wohnungsmarkt mit. Man brauche jedoch einen Wohnungsbau, der zu den Lebenssituationen und vor allem zu den Gehältern der Menschen in ganz Hessen passe. ■

KREBSPATIENTEN BESSER HELFEN

In der Debatte über das hessische Krebsregistergesetz stellte die gesundheitspolitische Sprecherin, Dr. Daniela Sommer, fest, dass der Aufbau des Registers in Hessen viel zu spät begonnen wurde und selbst jetzt nur schleppend vorangehe. „Krebsfälle müssen über einen längeren Zeitraum ausgewertet werden, um aussagekräftige Fallzahlen zu erhalten – das klinische Register wurde in Hessen leider viel zu spät eingeführt, sodass wir jetzt wenig aussagekräftige Ergebnisse haben.“ Das sei für Krebspatientinnen und Krebspatienten tragisch, denn Ziel des Krebsregisters sei, nachhaltig und effektiv helfen zu können. Durch die langfristig erfassten Daten könne man Rückschlüsse auf mögliche äußere Einflüsse bekommen. „Dies ist aber derzeit noch nicht möglich. Wir sind lange nicht dort angekommen, die Krankheits-



Dr. Daniela Sommer, MdB

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

verläufe auszuwerten und Menschen tatsächlich besser zu helfen“, so Dr. Sommer. Die Einführung der Meldung von Tumorerkrankungen von Kindern und Jugendlichen bewerte Sommer positiv. Jedoch kritisiert sie, dass die Meldungen an das Krebsregister sehr bürokratisch seien und dass für die Erstmeldung sogar Zahlungen geleistet werden müssten. Sie forderte nachdrücklich eine Evaluation des Krebsregisters und der Verfahren: „Wir brauchen gute Verfahren und Auswertungen, um Erkenntnisse für die Versorgungsforschung bzw. die Versorgung zu erhalten. Als Patientin oder Patient finde ich derzeit weder auf der Homepage des Krebsregisters noch im Hessischen Krebsbericht die besten Zentren und Praxen mit den besten Outcomes“, sagte die Abgeordnete. Wenn man die Überlebenschancen von Krebspatienten verbessern wolle, müsse man besser in Forschung investieren und die Evaluation des Registers vorantreiben. Alle Anstrengungen müssten dann in Verbesserungen in der onkologischen Versorgung umgesetzt werden. ■

ABGEORDNETENGESETZ

Der Hessische Landtag hat mit breiter Mehrheit von SPD, CDU, Grünen und FDP einer Änderung der Rechtsverhältnisse der Abgeordneten zugestimmt. Dazu zählt auch die maßvolle und angemessene Angleichung der Grundentschädigung entsprechend des sogenannten Nominalindexes sei. „Der Nominalindex ist eine objektive Bemessungsgröße, die von einer neutralen Stelle, nämlich dem Statistischen Landesamt, aus verschiedenen Parametern berechnet wird. Insofern geht insbesondere die unsachliche und faktenfreie Kritik der AfD an der Regelung ins Leere. Und dass nach mehr als zwanzig Jahren der Höchstbetrag für die Beschäftigung von Mitarbeitern für Abgeordnete erstmals wieder nennenswert angehoben wird, ist richtig: Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten gute, wertvolle Arbeit. Und entsprechend sollen sie auch bezahlt werden. Insofern haben wir fraktionsübergreifend eine sinnvolle, angemessene Regelung gefunden“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph. ■

HESSERTAG IN BAD HERSFELD



Thorsten Schäfer-Gümbel, MdB

FOTO: CHRISTOPH GEHRING

SOLIDARITÄT UND UNTERSTÜTZUNG

Der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel hat sich bei einer Protestveranstaltung der Gewerkschaft ver.di mit den Beschäftigten von LSG Sky Chef solidarisiert. Der Lufthansa-Konzern plant, das Tochterunternehmen zu verkaufen. Vor den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Protestveranstaltung sagte Schäfer-Gümbel: „Es gibt bisher keinen überzeugenden Grund, die LSG aus dem Konzernverbund der Lufthansa herauszulösen und zu verkaufen. Das Unternehmen ist hochgradig profitabel und liefert einen verlässlichen Beitrag zum Gesamtergebnis des Lufthansa-Konzerns. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind stolze Lufthansaer und wollen es auch bleiben. Die Airline ist auch auf bestes Catering angewiesen, auch in Zukunft. Die SPD und ihre Fraktion im Hessischen Landtag stehen solidarisch an der Seite der Beschäftigten.“ ■



Der Hesttag 2019 in Bad Hersfeld ist Geschichte. Vom 07. bis zum 16. Juni dieses Jahres besuchten 862.000 Menschen das Landesfest. Auch in diesem Jahr konnten wir zahlreiche Besucherinnen und Besucher am Stand der Landtagsfraktion in der Landesausstellung begrüßen. Neben der traditionellen öffentlichen Fraktionssitzung und dem Besuch des Hesttag-Paares standen auch wieder zahlreiche Begegnungen der Abgeordneten mit den Menschen vor Ort im Mittelpunkt.

KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG MIT FÜSSEN GETRETEN

Vor Kurzem hat Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) den Gesetzentwurf zur Schaffung einer neuen „Heimatlage“ eingebracht. „Dieses Gesetz ist das bisher überflüssigste in der gesamten schwarz-grünen Regierungszeit seit 2014. Die Landesregierung schafft eine unnötige Bürokratie, bei der die Kommunen zukünftig Anträge stellen müssen, um an ihr eigenes Geld zu kommen. Die Städte und Gemeinden werden wieder einmal gegängelt und bevormundet. Schwarz-Grün tritt die kommunale Selbstverwaltung mit Füßen und erdreistet sich, besser zu wissen, wofür die Kommunen Geld ausgeben sollen, als die demokratisch gewählten Parlamente vor Ort. Den Kommunen werden 200 Millionen Euro entwendet, die diese nicht mehr für Klimaschutzprojekte oder den geförderten Wohnungsbau verwenden können“, sagte der finanzpolitische Sprecher Marius Weiß. Für die Notwendigkeit dieses Programms finde sich immer noch keine schlüssige Begründung. Da

gäbe es einzelne Maßnahmen, die durch die Heimatlage gefördert werden sollen, bei denen die Kommunen heute aber schon den Löwenanteil zahlen, wie die Kinderbetreuung. Für eine mögliche Gebührenbefreiung dürfe das Geld aber zum Beispiel gar nicht verwendet werden. Bei den Themen Krankenhausinvestitionen, At-



„Dieses Gesetz ist das bisher überflüssigste in der gesamten schwarz-grünen Regierungszeit seit 2014“, sagte Marius Weiß, MdB, in seiner Rede.

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

traktivität des ÖPNV und den Verwaltungskräften im Schulbereich sehe die Situation ähnlich aus. Die Kommunen hätten nichts von dieser Umlage, weil ihnen aus der rechten Tasche genommen wird, was ihnen in die linke Tasche gesteckt werde. „Es geht Schwarz-Grün im Übrigen auch gar nicht darum, Geld zwischen den Kommunen gerechter zu verteilen. Dafür gibt es ja schon ein System, den Kommunalen Finanzausgleich, in dessen Ausgleichswirkung der Finanzminister offenbar kein Vertrauen hat. Es geht auch nicht darum, die Kommunen zu stärken. Denn das tut die Landesregierung ja nicht, wenn sie ihnen Geld gibt, das sie ihnen zuvor weggenommen hat. Es geht schlicht darum, sich zu profilieren und medial inszeniert Förderbescheide verteilen zu können und sich so vor der nächsten Kommunalwahl ins noble Licht zu rücken. Der Finanzminister schafft sich mit dem neuen Programm zig Fototermine. Das ist schlicht das einzige Ziel der ganzen Aktion“, so Weiß. ■

FÜR EINE MODERNE LEHRKRÄFTEBILDUNG

Die Lehrkräftebildung ist das wesentliche Instrument für Bildungsreformen“, begründete der bildungspolitische Sprecher, Christoph Degen, die Einbringung des SPD-Gesetzesentwurfes zur Modernisierung der Lehrkräftebildung in Hessen. Das Hessische Lehrerbildungsgesetz brauche endlich eine zukunftsweisende Neuausrichtung auf der Höhe der Zeit. „Bereits seit 2009 liegen dem Kultusministerium durch den Bericht der Arbeitsgruppe ‚Lehrerbildungsreform in Hessen‘ Vorschläge zur Novellierung vor. Und obwohl die Landesregierung damals bereits auf die besondere Dringlichkeit hingewiesen wurde und 2016 noch einmal Empfehlungen der hessischen Lehrerbildungszentren dazu vorgelegt wurden, pasierte nichts. Statt der Vorlage eines schon in der letzten Wahlperiode angekündigten Gesetzesentwurfes hört man von Schwarz-Grün immer nur Absichtserklärungen.“ Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern müsse endlich zeitgemäß weiterentwickelt werden. Das gelte sowohl für die Studienstruktur wie für den Studienumfang. Der SPD-Gesetzesentwurf sehe eine Dauer von zehn Semestern für alle Lehramtsstudiengänge vor, was in der Mehrheit der Lehrerbildungsstandorte in Deutschland inzwischen Standard sei. Außerdem fordere die SPD die Umstellung auf gestufte Studiengänge. Dies vereinfache Studierenden den



Der bildungspolitische Sprecher Christoph Degen, MdL, bei der Vorstellung des Gesetzesentwurfes im Hessischen Landtag.

Wechsel in bzw. aus anderen Studiengängen in die Lehramtsstudiengänge und sei ein wirkungsvolles und nachhaltiges Instrument gegen den Lehrkräftemangel, so Degen. „Eine längere Studiendauer ist erforderlich, damit neu hinzugekommene Inhalte, wie Unterrichten im Ganztage, Digitalisierung, Mehrsprachigkeit oder Inklusion berücksichtigt werden können. Zehn Jahre nach Inkrafttreten der Behindertenrechtskonvention enthält das Lehrerbildungsgesetz längst veraltete Bezeichnungen der sonderpädagogischen Fachrichtungen, und zudem fehlt es an einer klaren Ausrichtung auf inklusives Lehren und Lernen als Stan-

dard. Längst sind mehr Förderlehrkräfte in der inklusiven Beschulung tätig als an Förderschulen. Wenn in Zukunft alle Lehrkräfte in inklusiven Klassen arbeiten, dann müssen die Fragen der inklusiven Bildung, der Diagnose und Förderung umfassend und differenziert im Studium thematisiert werden. Zudem sieht der Gesetzesentwurf einen Ausbau der Fort- und Weiterbildungskapazitäten vor, stärkt die Verzahnung von Universitäten und Studienseminaren und trägt dazu bei, dass Hessens Schulen für die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft gerüstet sind“, so Christoph Degen. ■

DEN LANDTAG LIVE ERLEBEN

Zwischen 1.500 bis 2.500 Interessierte kommen pro Plenarwoche zu Besuch in den Hessischen Landtag. Seit 1988 koordiniert Sandra Thomas die Besucherströme. Vor allem Schüler, Senioren, Vereine und von Abgeordneten geladene

Gäste kommen, um sich über die Arbeit der Abgeordneten zu informieren. Ein Besuch dauert drei Stunden und beginnt mit einer Präsentation über den Landtag, die Zusammensetzung des Parlaments und die aktuellen Themen des Plenums. Anschließend

wird die Debatte von der Besuchertribüne aus live verfolgt. Zum Abschluss stellen sich Abgeordnete der Fraktionen vor, und die Besucher erhalten die Gelegenheit, ihnen Fragen zu stellen. Wer den Landtag besuchen möchte, kann sich mit seinem Wunsch an einen SPD-Landtagsabgeordneten vor Ort wenden. ■



Eine Besuchergruppe mit den SPD-Landtagsabgeordneten Manuela Strube und Oliver Ulloth.



Tobias Eckert, MdL

FOTO: ANGELIKA ASCHENBACH

RADWEGE BAUEN

In einer Umfrage zum Radverkehr durch den Hessischen Rundfunk sind 73 Prozent der Hessinnen und Hessen dafür, mehr Radwege zu bauen – auch wenn dafür Fahrspuren für den Autoverkehr wegfallen. Nach Ansicht des verkehrspolitischen Sprechers, Tobias Eckert, bestätige die Umfrage, dass Hessen bereit sei für ein besseres Radwegenetz. „Es ist an der Zeit, dass das Fahrrad, gerade in der Stadt, als Verkehrsmittel endlich ernst genommen wird. Schwarz-Grün hat versprochen, das landesweite Radwegenetz auszubauen, bisher aber nicht mehr zustande gebracht, als anzukündigen und Machbarkeitsstudien in Auftrag zu geben“, so Eckert. Tatsächlich seien von den 60 neuen Radwegen, die das Wirtschaftsministerium im Jahr 2015 versprochen habe und die bis 2022 gebaut werden sollten, bisher gerade einmal acht fertiggestellt. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Christoph Gehring (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gefried Zluga
Isabel Neumann
Martina Häusel-David
Christina Franzisket

Anschrift:
Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden

FOTO: CHRISTINA FRANZISKET